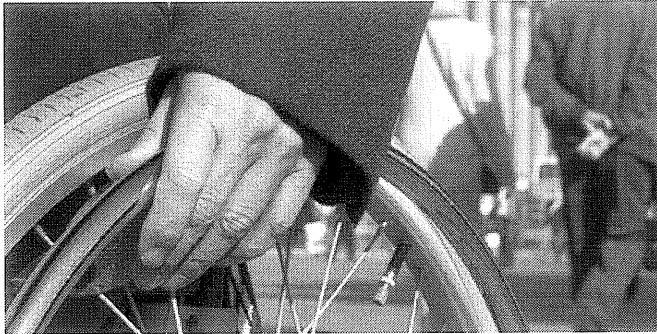


20.12.2009

Schuldenstaat

Weniger Hilfe für Behinderte

Kreise kündigen Vertrag über Eingliederungshilfen - gegen den Willen von Land und Städten. Kommunen versuchen verzweifelt, Steuergeschenke von Schwarz-Gelb im Bund zu kompensieren.
 VON ESTHER GEISSLINGER



Kämpfen für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben: Behinderte. Foto: dpa

Größere Heime, schlechtere Betreuung, weniger Personal, das untertariflich bezahlt wird - die Landkreise Schleswig-Holsteins wollen bei den Ausgaben für behinderte Menschen sparen. Das geht aus einem internen Papier der "Koordinierungsstelle soziale Hilfen der schleswig-holsteinischen Kreise" (Kosoz) hervor, das der taz in Auszügen vorliegt.

Die Kreise stehen wie das Land und die kreisfreien Städte unter dem Druck des "Wachstumsbeschleunigungsgesetzes" der schwarz-gelben Koalition in Berlin. Schleswig-Holstein hatte ihm vergangene Woche nach langem Widerstand im Bundesrat doch noch zugestimmt. Das Gesetz wird alleine die Kreise und kreisfreien Städte nach Schätzung der Landesregierung 60 Millionen Euro kosten. Schon ohne das Gesetz rechnete der Vorsitzende des Landkreistages, Reinhard Sager (CDU), mit Mindereinnahmen von 264 Millionen Euro 2009 und 184 Millionen 2010. "Weitere Einnahmeverluste durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz können die Kommunen nicht verkraften", warnte er im Oktober.

Um ihre Sparpläne wahr machen zu können, haben die Kreise einen Rahmenvertrag mit den kreisfreien Städten, dem Land und den Wohlfahrtsverbänden gekündigt. Darin ist festgelegt, wie die Eingliederungshilfe für Behinderte geleistet wird. Bis Ende 2010 muss neu verhandelt werden. Die Eingliederungshilfe ist bundesweit mit 55 Prozent des Budgets der größte Posten der Sozialhilfe. Den schleswig-holsteinischen Kommunen schlägt sie entsprechend ins Kontor.

Eingliederungshilfe

wird an Behinderte, und damit an 60 Prozent der Sozialhilfeempfänger gezahlt.

Als behindert gelten Menschen laut Sozialgesetzbuch, wenn sie körperlich, geistig oder seelisch um mehr als sechs Monate von dem für ihr Lebensalter typischen Zustand abweichen.

Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist das Ziel. Der Staat unterstützt die medizinische Rehabilitation, die Teilhabe am Arbeitsleben etwa durch Ausbildung, die Unterhaltssicherung und die Teilhabe am Gemeinschaftsleben.

Sager, der auch Landrat von Ostholstein ist, verteidigte der taz gegenüber die Kündigung: Dies gehöre zu den Instrumentarien, um "zielführende Gespräche" zu beginnen. Man wolle im kommenden Jahr mit allen Beteiligten "die Kostensenkungspotenziale auszuloten" - Ziel sei "Kostensenkung bei bestmöglicher Hilfe für die Menschen".

Sowohl der Städteverband als auch das Land hätten eine Lösung hinter den Kulissen bevorzugt. Sozialminister Heiner Garg (FDP) hatte sich vergangene Woche einen einstimmigen Kabinettsbeschluss geben lassen, den Vertrag nicht zu kündigen.

Grundsätzlich haben Land und

Städte wie die Kreise ein Interesse daran, die Eingliederungshilfe unter die Lupe zu nehmen. Schleswig-Holstein trägt laut Rechnungshof bei der Eingliederungshilfe die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben aller Flächenländer und liegt deutlich über dem Bundesschnitt. Seit Jahren steigen die Ausgaben wie die Zahl der Betroffenen. Zur Jahrtausendwende ging es um rund 17.000 Menschen und 364 Millionen Euro. Zurzeit erhalten rund 24.000 Menschen Förderung; das Land zahlte 524 Millionen Euro im Jahr 2008.

"Dass die Zahlen steigen, ist nicht unsere Schuld", sagt Roland Schlerff, Geschäftsführer des Diakonischen Werkes und Verhandlungsführer der Wohlfahrtsverbände. Es gebe einfach immer mehr Menschen, die Hilfe bräuchten, unter anderem bei psychischen Krankheiten. Und: "Es stimmt nicht, dass Schleswig-Holstein überdurchschnittlich viel ausgibt. Im Etat sind Leistungen zur Arbeitsförderung enthalten, die in anderen Ländern extra berechnet werden."

Die Wohlfahrtsverbände fürchten ein Streichkonzert zu Lasten der Behinderten und ihrer Beschäftigten. Denn, sagt Schlerff: "Wenn im Rahmenvertrag ein untertariflicher Stundensatz festgelegt wird, ist es für uns als Arbeitgeber schwer, weiter Tarif zu bezahlen." Zurzeit folgen die Löhne im sozialen Sektor denen im öffentlichen Dienst - eine Schraube, an der die Kosoz gern drehen würde. 100 Millionen Euro wollten die Kreise sparen, befürchtet Schlerff.

Landrat Sager will das nicht bestätigen, räumt aber ein: "Es geht um richtig große Summen." Die Wohlfahrtsverbände hätten ein wirtschaftliches Interesse, die Kosten hoch zu halten: "Wir Landräte, die wir mit Steuergeldern arbeiten, sehen das logischerweise anders." Es gehe um eine optimierte Versorgung.

Mehr zum Thema

Kommentar Eingliederungshilfe:
Eine Frage der Solidarität und des Realismus

Die Städte dagegen sorgen sich um ihren Ruf. In einem Brief, der der taz vorliegt, warnt der Städteverband den Landkreistag: "Leider wird an keiner Stelle aufgegriffen, dass die Sozialhilfeträger auch

Verantwortung für die Menschen mit Behinderung tragen. Es wird ein Leichtes sein, uns als ,Geldverwalter und ,Sparkommissare bloßzustellen."

<http://www.taz.de/nc/regional/nord/nord-aktuell/artikel/1/weniger-hilfe-fuer-behinderte>

© taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG, Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz Verlags

22|12|2009

Das Land hat kein Geld. Alle werden nicht darum herumkommen, den Bürgern etwas abzuverlangen.

Eine Frage der Solidarität und des Realismus

KOMMENTAR VON GERNOT KNÖDLER

Die schleswig-holsteinischen Landkreise wollen einen hohen Millionenbetrag bei der Eingliederungshilfe für Behinderte sparen. Das hört sich schlimm an. Die Wohlfahrtsverbände protestieren und weisen darauf hin, dass neben den Behinderten auch ihre Beschäftigten zu leiden hätten. Dagegen hilft nur Solidarität - aber anders, als es auf den ersten Blick nahe läge.

Etwas befremdlich ist die defensive Reaktion des Städteverbandes. Wie die Kreise und das Land müssen sich die Städte mit der enormen Verschuldung auseinandersetzen. Allein das Land steht bei einem Etat von knapp neun Milliarden Euro mit 24 Milliarden in der Kreide; Tendenz: rasant steigend. Alle werden nicht darum herumkommen, den Bürgern etwas abzuverlangen.

Aber nicht nur ihren Bürgern: Die Gewerkschaft Ver.di will in den anstehenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst fünf Prozent mehr Gehalt verlangen. Angesichts der Wirtschaftskrise und der drohenden Arbeitslosigkeit ist das ohnehin schon eine Zumutung; vor dem Hintergrund der neuen Probleme der Kommunen klingt die Forderung absurd.

Mehr zum Thema

Schuldenstaat
Weniger Hilfe für Behinderte !

Der Lage angemessen wäre ein Verzicht. Dann kämen die Wohlfahrtsverbände auch nicht in die Verlegenheit, nachziehen zu müssen. Über die Optimierung der Sozialhilfe ließe sich reden und am

Ende wäre der Spardruck halbwegs breit verteilt.

Am meisten gelesen

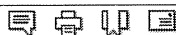
1. Zeugungsverbot für US-Soldatinnen: Schwangere vors Kriegsgericht !
2. Drohender Einbruch der Einnahmen: Ethik-Steuer, "um Austritte zu bremsen" !
3. Niederländische Grenzkommunen: Ausweis gegen Drogentouristen !
4. Computerspiele zu Weihnachten: Zocken im Namen des Herrn !
5. Römische Reinwaschung: Umstrittene Heiligsprechung !
6. Streit der Woche: Ist Skifahren trotz der Folgen für die Bergwelt noch vertretbar? !
7. Satire-Rückblick im Zweiten 2009 - war da was? !

taz salon und weitere Veranstaltungen



taz nord präsentiert den taz salon. Weitere Infos !

Weiter mit Nord Aktuell !
Weiter mit Nord !
Zur Startseite !



Leserkommentare (1)

20.12.2009, 19:19 | Werner Zeiss:
????????? Optimierung der Sozialhilfe und dadurch u.a. "den Spardruck halbwegs ... !

Nord Aktuell



Korruption

Kein ganz normales Fest

Der ehemalige Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke (SPD) hat sich seine Silberhochzeit sponsern lassen - und verliert schon wieder ein Amt. VON FELIX ZIMMERMANN !

Pflege-TÜV: Schulnoten verärgern Pflegeheime !
Kommentar Pflege-TÜV: Ein "sehr gut" für Pflege-Noten !
Schlittschuhlaufen: In der Endlosschleife !

Bremen Aktuell



Autonome Nationalisten

Nazi bald mit Abitur

An einem Gymnasium wurde ein Oberstüfler als Neonazi-Kader geoutet. Dort ist er "unauffällig". Dennoch fordert die Antifa, ihn rauszuwerfen. VON CHRISTIAN JAKOB !

Weihnachten: Das Fest der Reichen !
Interview: "Dieses ganz alte Denken ..." !
Parlament: Die Rohen und die Ausgekochten !

sh:z

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER ZEITUNGSVERLAG

Flensburger Tageblatt + Schleswiger Nachrichten + Schlei Bote + Eckernförder Zeitung + Nordfriesland Tageblatt
Sydter Rundschau + Der Insel-Bote + Husumer Nachrichten + Schleswig-Holsteinische Landeszeitung
Holsteiner Courier + Norddeutsche Rundschau + Wilstersche Zeitung + Ostholsteiner Anzeiger
Stomarer Tageblatt + Elmshorner Nachrichten

22.12.09

Nachrichten

Landräte kürzen Eingliederungshilfe

RENDSBURG Schleswig-holsteinische Wohlfahrtsverbände haben auf Pläne der Landräte empört reagiert, denen zufolge die Leistungen für Menschen mit Behinderungen erheblich gekürzt werden sollen. Von fast 600 Millionen Euro Eingliederungshilfe für etwa 24 000 Hilfeempfänger wollten die Kreise 100 Millionen Euro einsparen, kritisierte Roland Schlerff, Verhandlungsführer der Wohlfahrtsverbände und kaufmännischer Vorstand des Diakonischen Werkes Schleswig-Holstein. Um dies zu erreichen, hätten die Landräte den Landesrahmenvertrag zum Ende des kommenden Jahres gekündigt. Der Vertrag sichert die Versorgung der Behinderten. *epd*

24.12.09

EINGLIEDERUNGSHILFE

Die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ist bundesweit mit 11,2 Milliarden Euro der größte Posten in der Sozialhilfe. Leistungsberechtigt sind alle Personen, die nicht nur vorübergehend körperlich, geistig oder seelisch wesentlich behindert oder von einer Behinderung bedroht sind. Der Staat unterstützt sie durch Ausbildung, Unterhaltssicherung und Teilhabe am Gemeinschaftsleben. Der Rechnungshof kritisiert, dass die Pro-Kopf-Ausgaben in Schleswig-Holstein deutlich höher lägen als in allen anderen bundesdeutschen Flächenländern.

sh:z

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER ZEITUNGSVERLAG

Flensburger Tageblatt + Schleswiger Nachrichten + Schlei Bote + Eckernförder Zeitung + Nordfriesland Tageblatt
Sylter Rundschau + Der Insel-Bote + Husumer Nachrichten + Schleswig-Holsteinische Landeszeitung
Holsteiner Courier + Norddeutsche Rundschau + Wiltersche Zeitung + Ostholsteiner Anzeiger
Stromarner Tageblatt + Elmshorner Nachrichten

24.12.09

„Keine frohe Weihnachtsbotschaft“:

Kürzungen bei Behindertenhilfe

KIEL Kaum ist die Zustimmung der Länder zum umstrittenen Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung in trockenen Tüchern, ziehen die Landräte in Schleswig-Holstein die Notbremse. Angesichts drohender Mindereinnahmen von geschätzt 60 Millionen Euro für die Kommunen durch das Berliner Steuerentkernungspaket kündigten sie den Rahmenvertrag, der die Versorgung der Menschen mit Behinderung sichert. 100

Millionen Euro wollen sie nach Angaben der freien Wohlfahrtsverbände dadurch einsparen. Derzeit geben die Kreise für die etwa 24 000 Hilfeempfänger in Schleswig-Holstein rund 524 Millionen Euro aus.

„Es kommt genau so, wie von uns befürchtet: Die Schwächsten zahlen für eine unsinnige Wachstums-Fetisch-Politik“, entrüstet sich Grünen-Fraktionschef Robert Habeck. „Während CDU und FDP sich die Ergebnisse

des Politpokers für das Land noch schön rechnen, gehen in den Kommunen die Lichter aus.“ Behinderte müssten nun die Zeche für preiswerten Urlaub in Hotels zahlen, denen die Hälfte der Mehrwertsteuer erlassen werde. Habeck: „Was für ein schwarzer Zynismus zu Weihnachten!“

Auch Roland Schlerff, Verhandlungsführer der Wohlfahrtsverbände, ist erbost: „Dies ist wahrlich keine frohe Weihnachtsbotschaft“, sagt

er. Mit der Kündigung des Vertrages drohe ein rechtsfreier Raum. Empörend sei zudem, dass die Vertreter der Landkreise vorher keine Gespräche zu dem brisanten Thema angeboten hätten. „Mit Konfrontation ist nichts zu erreichen. Alle ändern Vertragspartner – Land, kreisfreie Städte und Wohlfahrtsverbände – setzen auf Kooperation und wollen Einvernehmen erzielen.“

Schon wegen der konjunkturbedingten Steuerausfälle

rechnet der Vorsitzende des Landkreistages, Reinhard Sager (CDU), mit Mindereinnahmen von 264 Millionen Euro in 2009. „Weitere Einnahmeverluste durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz können die Kommunen nicht verkraften“, warnt er. Sager, der auch Landrat von Ostholstein ist, verteidigt die Vertragskündigung: Dies gehöre zu den Instrumentarien, um „zielführende Gespräche“ zu beginnen. Man wolle im kommenden Jahr „die Kos-

tensenkungspotenziale ausloten“. Dass mit einem neuen Rahmenvertrag rund 100 Millionen Euro gespart werden sollen, wollte Sager nicht bestätigen. Er räumte aber ein: „Es geht um richtig große Summen.“ Die Wohlfahrtsverbände hätten ein wirtschaftliches Interesse, die Kosten hoch zu halten: „Wir Landräte, die wir mit Steuergeldern arbeiten, sehen das logischerweise anders.“ Es gehe um eine optimierte Versorgung. kim

22. 12. 09

Dienstag, 22. Dezember 2009
Nr. 298

Weniger Hilfen für Menschen mit Behinderung?

Kiel – Die Wohlfahrtsverbände befürchten erhebliche Einschränkungen der Leistungen für Menschen mit Behinderung. In einer gemeinsamen Erklärung reagierten die Verbände gestern empört auf ein geplantes „Streichkonzert“ der Kreise. Die Landräte hätten den Landesrahmenvertrag, der die Versorgung der Menschen mit Behinderung sichert, zum Ende des kommenden Jahres gekündigt, um von den fast 600 Millionen Euro Eingliederungshilfe für etwa 24 000 Hilfeempfänger rund 100 Millionen Euro einzusparen. „Dies ist wahrlich keine frohe Weihnachtbotschaft für Tausende Menschen mit einer Behinderung in Schleswig-Holstein“, sagte Roland Schlerff, Verhandlungsführer der Wohlfahrtsverbände und Kaufmännischer Vorstand des Diakonischen Werkes Schleswig-Holstein, gestern in Kiel. „Um Einsparungen zu erreichen, wollen die Landräte das Tarifrecht für die Mitarbeitenden in den Einrichtungen für Menschen mit Behinderung infrage stellen“, erklärte Schlerff. Mit der Kündigung des Landesrahmenvertrages, der die gesetzlichen Grundlagen für Qualität und Umfang der Hilfen für Menschen mit Behinderung konkretisiert, drohe ein rechtsfreier Raum. chr

Fr. Schlerff

25.12.2009



Wohlfahrtsverbände empört: Landräte planen Kürzungen für Behinderte

Rendsburg (epd). Schleswig-Holsteins Wohlfahrtsverbände haben auf Pläne der Landräte empört reagiert, denen zufolge die Leistungen für Menschen mit Behinderungen erheblich gekürzt werden sollen. Von fast 600 Millionen Euro Eingliederungshilfe für etwa 24.000 Hilfeempfänger wollen die Kreise rund 100 Millionen Euro einsparen, kritisierte Roland Schlerff, Verhandlungsführer der Wohlfahrtsverbände und kaufmännischer Vorstand des Diakonischen Werkes Schleswig-Holstein.

Um dies zu erreichen, hätten die Landräte jetzt den Landesrahmenvertrag zum Ende des kommenden Jahres gekündigt. Der Vertrag sichert die Versorgung der Behinderten. "Dies ist wahrlich keine frohe Weihnachtsbotschaft für Tausende Menschen mit einer Behinderung in Schleswig-Holstein", sagte Schlerff.

Nach Diakonieangaben wenden sich nicht nur die Verbände gegen diese Kündigung, sondern auch das Land mit Sozialminister Heiner Garg (FDP) und die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster. Zu den Wohlfahrtsverbänden gehören unter anderem die Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Diakonisches Werk und Rotes Kreuz.